

Avanti ²

Theoriebeilage

1923 - das Jahr
der Entscheidung
von
Jakob Moneta

ISO Rhein-Neckar

JETZT AUFMUCKEN



STATT WEGDUCKEN!

INHALT

TITEL

01 2023
Wegducken oder Aufmucken?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH
Keine Weihnachtsruhe

SEITE DREI

03 2023
Wegducken oder Aufmucken?

TEUERUNG

04 KUNDGEBUNG
Solidarität statt Preistreiberei

04 MIETENWAHNSINN
Nicht zu stoppen?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

06 PROMINENT
BR-Mobbing ohne Ende

07 TARIFRUNDE ÖD
Erfolge erzwingbar?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr 2023 wird Gelegenheit geben, sich an geschichtliche Wegscheidungen zu erinnern: etwa an 1923 oder aber an 1933.

Vor allem aber wird das neue Jahr viele weitere Möglichkeiten zum aktiven Engagement für eine Solidarität ohne Grenzen bieten.

Die allerletzte Generation des kapitalistischen Fundamentalismus versucht derzeit, die harmlose „letzte Generation“ als „kriminelle Vereinigung“ zu brandmarken.

„Kriminelle Vereinigungen“ jeglicher – also auch staatlicher – Art sind jedoch Resultat der Fäulnis des globalen Profitsystems.

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir Jakob Monetas kluge Überlegungen zum „Schicksalsjahr“ 1923.

Wir hoffen sehr, dass die Themenauswahl dieser Ausgabe von *Avanti*² Euer Interesse findet.

Freude, Gesundheit, Mut und Widerstandskraft im neuen Jahr!

Eure Redaktion

Titelbild: Erzwingungsstreik bei Südkabel in Mannheim, 15. - 16. November 2022. Foto: helmut-roos@web.de.

INHALT

08 UKRAINE
Gewerkschaftliche Solidarität

ANTIMILITARISMUS

09 ANTIKRIEGSDEMO
Nicht nachlassen?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

10 BUCHBESPRECHUNG
Trotzki und die Psychoanalyse

11 RÄTSEL
Gelöst und gewonnen?

RÜCKBLLENDE / TERMINE

12 VOR 100 JAHREN
Hyperinflation

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 1923
Das Jahr der Entscheidung?

Frankreich: „Für unsere Renten, gegen Macron und seine Welt!“

M. G.

Ende 2022 zieht unsere Schwesterorganisation NPA eine bittere Bilanz der Regierungspolitik.

Nach der Wiederwahl Macrons zum Staatspräsidenten laute das Fazit: „Jagd auf die Armen und Geschenke für die Bosse“.

Die sozialen Folgen der Inflation sind auch in Frankreich für Millionen deutlich spürbar. Zudem verschärft die Regierung ihre Offensive gegen die Armen mit „Reformen“.

Verkürzung des Bezugs der Arbeitslosenunterstützung um 25 Prozent, Gewährung der Sozialleistung RSA nur bei Nachweis einer Mindestarbeitszeit von 15 bis 20-Wochenstunden, Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre ... Zur Durchsetzung ihrer Vorhaben scheut sich die Regierung nicht, mittels Artikel 49.3 der Verfassung Gesetze ohne Abstimmung

im Parlament zu verabschieden.

Renten konsequent verteidigen

Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab, aber kein Parlament und kein Referendum kann die Regierung in die Schranken weisen.

Parlamentarische Misstrauensanträge der linken NUPES werden nicht ausreichen, um die Regierungsangriffe abzuwehren. Es bedarf dazu im neuen Jahr der Bündelung der linken gewerkschaftlichen und politischen Kräfte in der Arbeitswelt und in der Jugend mit dem Ziel, eine breite und entschlossene Streikbewegung aufzubauen.

Zur Verteidigung der Renten braucht es eine allgemeine Mobilisierung. Der Aufruf von Jugendorganisationen zu einer landesweiten Demo am 21. Januar 2023 gegen Macrons Rentenreform kann helfen, dieser Perspektive den Weg zu ebnet. ■



Rentendemo in Paris.

Jetzt aufmucken statt wegducken!

U. D.

Das Jahr 2022 brachte mit Wucht die sich verschärfenden inneren Widersprüche und Krisen des Kapitalismus zum Ausdruck. Unter anderem die Pandemie, die Klimakatastrophe, den mörderischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die „Energiekrise“ und nicht zuletzt die Teuerung.

Weltweit bezahlt die arbeitende Klasse die Zeche mit schlechteren Arbeits- und Lebensstandards, mit ihrer Gesundheit, mit Hunger und Flucht oder gar mit dem Tod. Auf der anderen Seite vergrößert die herrschende Klasse weiter ihren Reichtum und ihre Macht.

Krisen, Krieg, Kapitalismus

Kapitalismus bedeutet Zwang zu permanentem Wachstum, private Aneignung des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums, Profitmaximierung und rücksichtslose Ausbeutung von Natur und Mensch. Kapitalismus heißt zerstörerische Konkurrenz, Kampf um Vorherrschaft, Rohstoffe und Absatzmärkte und führt letztendlich zum Krieg.

Darum kann der Kapitalismus keine friedliche, demokratische, ökologische und auf Gleichheit und Solidarität aller Menschen beruhende Welt schaffen. Er kann die globalen, alle Lebensbereiche erfassenden „Krisen“ der Menschheit (Klima, Demokratie, Gleichheit, Arbeit, Gesundheit, sozialer Zusammenhalt, Kultur, Krieg, Hunger, Flucht usw.) nicht lösen. Denn er selbst ist Ursache und Krisenbeschleuniger zugleich.

Kapitalismus überwinden

Das Gegenmodell zum kapitalistischen Chaos ist der ursprüngliche Sozialismus. Eine solidarische, ökologische und demokratische Gesellschaft ohne Hunger, Ausgrenzung, Unterdrückung und Krieg. Um sie zu erreichen, muss der Kapitalismus abgeschafft werden. Das kann nur durch die große Mehrheit einer politisch bewussten arbeitenden Klasse gemeinsam mit fortschrittlichen Initiativen und Bewegungen aus allen gesellschaftlichen Bereichen durchgesetzt werden.

Aber die arbeitende Klasse ist politisch nicht auf der Höhe der Zeit. Ihr sozialreformerischer Teil will den Kapitalismus nicht überwinden, sondern um jeden Preis am Leben halten. Ihr revolutionärer Teil ist noch zu schwach, um den Kapitalismus wirklich herausfordern zu können. In Verbindung mit den Krisen des Kapitalismus schafft dies den politischen Freiraum für das Entstehen nationalistischer, rassistischer, reaktionärer, autoritärer und faschistischer Bewegungen.

Hinterm Horizont geht's weiter ...

Trotz des Zurückweichens und der Niederlagen der arbeitenden Klasse in der gesamten Welt, gibt es immer wieder positive Beispiele für eine Wiederbelebung von bedeutenden Kämpfen. An erster Stelle seien hier die fraueninitiierte Demokratiebewegung im Iran sowie die Friedensbewegung in Russland genannt.

Im autoritären China gibt es fast täglich Streiks und Rebellionen gegen schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen. In Deutschland werden trotz allem Gerede von „Sozialpartnerschaft“ Kämpfe ge-

gen Umstrukturierungen, Entlassungen und – wie in den Krankenhäusern oder bei Amazon – für bessere Arbeitsbedingungen geführt. In Frankreich ist in der aktuellen Teuerungskrise der Kampfeswillen der arbeitenden Klasse wieder erwacht und hat zu Streiks und großen Demonstrationen geführt. Und nicht zuletzt hat sich zum Ende des Jahres auch in England die arbeitende Klasse wieder vehement und kämpferisch zu Wort gemeldet.

Jetzt Widerstand organisieren!

Diese Beispiele sollten uns Mut machen. Aber es reicht nicht aus, solidarische und bewundernde Blicke auf die Welt zu werfen. Die wirksamste Solidarität ist letztendlich, die Verhältnisse im eigenen Land zu verändern. Mit Wegducken und der trügerischen Hoffnung, es wird schon nicht so schlimm kommen, wird dies nicht gelingen.

Vielmehr ist es notwendig, sich zu empören, aufzumucken und überall, wo gelebt, gelernt und gearbeitet wird, selbst aktiv zu werden. Dabei sind kurzfristig umsetzbare Ziele zwar wichtig, aber nicht ausreichend. Wer grundlegende Veränderungen will, muss letztendlich die Abschaffung des Kapitalismus auf die Tagesordnung setzen.

Nicht zuletzt müssen die Aktiven aus unterschiedlichen Bereichen ihre Kräfte bündeln, um wirksamer zu werden. Ein Schritt in diese Richtung ist der Aufbau einer solidarischen Front, die sich den sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen unserer Zeit stellt. Eine solche Front könnte neue Hoffnungen schaffen und den Kampf für eine andere, bessere Welt wieder auf die Tagesordnung setzen.

Warten wir nicht auf bessere Zeiten! ■



IGM-Kundgebung in Mannheim, 16. November 2022.

„Solidarität statt Preistreiberei!“

Mitreibende Musik, klare Worte und ein unverstellter Blick nach Frankreich

H. S. / H. N.

Am 6. Dezember 2022 fand die vierte Kundgebung des Aktionsbündnisses „Solidarität statt Preistreiberei!“ auf dem Mannheimer Marktplatz statt. Neben den inhaltlichen Beiträgen war es vor allem die mitreibende Musik Bernd Köhlers und Joachim Romeis' von ewo², die an einem dunklen und kalten Winterabend für Licht und Wärme sorgte.

Der Auftritt der beiden Musiker, die jeweils vor und nach den Redebeiträgen aufspielten, gab dieser Aktion einen ganz besonderen Charakter. Das blieb den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den Passantinnen und Passanten in der belebten Innenstadt nicht verborgen.

Gemeinwohl- statt Profitorientierung

Ursula Jochim vom „Offenen Stadtteiltrreffen Neckarstadt“ (OST) ging als Hauptrednerin der Kundgebung auf die angespannte Wohnungssituation in Mannheim ein. Sie kritisierte vehement steigende Mieten und Mietnebenkosten als Folgen einer verfehlten Politik. Weil gleichzeitig die Reallohne sinken würden, seien nicht nur Menschen mit niedrigen Einkommen, son-

dern zunehmend auch Menschen mit mittleren Einkommen von Armut bedroht.

Es braucht Jochim zufolge jetzt sofort einen Mietpreisdeckel, um eine weitere Kostenexplosion zu verhindern. Zudem sei eine Gemeinwohlorientierung in der Wohnungspolitik dringend erforderlich. (Den Wortlaut ihrer Ausführungen findet Ihr auf Seite 5 dieser Zeitung.)

In zwei weiteren Reden beleuchteten Vertreter der SDAJ und der ISK die kapitalistischen Ursachen und die verheerenden Auswirkungen der Preistreiberei vor allem für arme Menschen. In diesem Zusammenhang wurde auch der Krieg in der Ukraine und seine Folgen thematisiert.

Zum Schluss der gelungenen Aktion informierte Moderator Wolfgang Alles die

Anwesenden, dass am 10. Januar 2023 die nächste Kundgebung gegen die anhaltende Inflation stattfinden werde.

Blick über die Grenzen

Auf Einladung des Aktionsbündnisses fand noch am selben Abend des 6. Dezember ein spannendes Infotreffen zum Widerstand gegen die Teuerung in Frankreich statt.

Der Journalist und Anwalt Bernard Schmid (Paris) berichtete kompetent über die vielfältigen Proteste gegen die Preissteigerungen in unserem Nachbarland. Dort verging seit dem Herbst kein Tag ohne Streiks, Blockaden und Demonstrationen für einen Inflationsausgleich und höhere Löhne.

Bernard Schmid fundierter Vortrag ermöglichte auch den Zuhörenden, denen die französischen Verhältnisse eher fremd waren, einen guten Überblick über die Entwicklungen westlich des Rheins. Er veranschaulichte sehr präzise die Unterschiede zwischen dem französischen und dem deutschen System gewerkschaftlicher Interessenvertretung.

Insgesamt dürfe aber trotz allem aktuellen Engagements die Schwächung sozialer Gegenmacht in den letzten Jahrzehnten auch in Frankreich nicht ignoriert werden.

Nachdem in den letzten Monaten vor allem für höhere Einkommen oft erfolgreich gestreikt wurde, steht nun der Kampf gegen die „Rentenreform“ der Regierung an, das heißt gegen weitere Rentenkürzungen und die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre.

Es wird sich erst 2023 zeigen, wie sich die Klassenkämpfe in Frankreich weiterentwickeln werden. Bereits am späten Abend des 6. Dezember 2022 war jedoch klar, dass das Aktionsbündnis „Solidarität statt Preistreiberei!“ sowohl mit der Kundgebung als auch mit der anschließenden Infoveranstaltung kleine, aber wichtige Beiträge zum Kampf gegen die Teuerung geleistet hat. ■



Kundgebung mit ewo² in Mannheim, 6. Dezember 2022.

Foto: NovoLuce.

Aktionen gegen die Preistreiberei „In Monnem uff de Gass“

E. B.

Schon seit mehreren Monaten organisiert das Aktionsbündnis „Solidarität statt Preistreiberei!“ in der Mannheimer Innenstadt Kundgebungen, Plakatmärsche und Flugblattverteilungen gegen die aktuellen Preissteigerungen. Bei der Aktion am 6. Dezember 2022 auf dem Mannheimer Marktplatz hielt Ursula Jochim vom Offenen Stadtteiltreffen Neckarstadt (OST) die Hauptrede. Wir geben sie im Folgenden wieder.

„Liebe Mannheimerinnen, liebe Mannheimer, zum heißen Winter mobilisiert in Mannheim das Bündnis „Solidarität statt Preistreiberei!“ um darauf hinzuweisen, dass sich für immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft ganz existenzielle Fragen stellen.

Welche Lebensmittel kann ich mir noch leisten? Welche muss ich vom Einkaufszettel streichen? Wie soll ich im nächsten Monat die Heizkosten, wie die Miete bezahlen?

Das sind Fragen, mit denen sich bald jeder beschäftigen muss, obwohl wir alle wissen, dass wir in einem reichen Land leben.

Verbreitete Existenzangst

Immer mehr Menschen haben Angst, Essen und Wohnen nicht mehr bezahlen zu können. Mit einem Wort: Existenzangst.

Interessiert das die Abgeordneten im Deutschen Bundestag und die Gemeinderäte in der Stadt Mannheim überhaupt?

Eine Studie, in Auftrag gegeben von der früheren Arbeitsministerin Andrea Nahles, kommt für die Zeit von 1998 bis 2015 zu folgendem Ergebnis: Eine Gesetzesänderung wurde umso eher umgesetzt, je mehr Reiche sie befürworteten.

Ganz anders bei Forderungen aus der Mittelschicht. Da ist die Politik taub: Die Forderungen werden weitgehend ignoriert und der Politik ist es praktisch egal, wie viele Menschen aus der Mittelschicht eine bestimmte Veränderung wünschen.

Bei der untersten Einkommensgruppe scheint die Politik doch tatsächlich hinzuhören:

Je mehr Menschen aus der untersten Einkommensgruppe eine bestimmte Veränderung befürworteten, desto geringer die Chance auf eine Gesetzesänderung.

Das also haben wir von der Politik zu erwarten.

Bedrohliche Krisen

Der Kapitalismus mit seiner kurzsichtigen Gier nach immer mehr Gewinn ist die Ursache der heutigen Krisen: Umwelt- und Klimazerstörung, Aufrüstung und Krieg, Kinderarmut und Bildungsmisere – und jetzt auch noch die Inflation. Diese Krisen bedrohen unzählige Menschen.

Ich spreche hier als Vertreterin des Offenen Stadtteiltreffens Neckarstadt – kurz: OST.

Wir sind eine Bürger:inneninitiative, die sich seit Jahren mit der Wohnungssituation in der Neckarstadt auseinandersetzt. In dieser Rolle spreche ich heute zu Euch.

Drei Dinge sind Fakt.

Erstens: Die Reallöhne sinken.

Zweitens: In Mannheim sind die Mietpreise pro Quadratmeter seit 2010 um rund 40 Prozent gestiegen. Und die Mieten steigen ungebremst weiter.

Drittens: Jetzt explodieren auch noch die Mietnebenkosten.

Die Folge: Nicht nur Menschen mit niedrigen Einkommen, sondern zunehmend auch Menschen mit mittleren Einkommen sind von Armut bedroht. Und das vor allem dann, wenn sie zur Miete wohnen.

Keine Geschenke von oben

Deshalb fordern wir einen Mietpreisdckel, also nicht nur einen langsameren Anstieg der Mieten, wie bei der sogenannten Mietpreisbremse, sondern einen sofortigen Stopp des Mietpreisanstiegs.

Und eine weitere zentrale Forderung: ein städtisches Vorkaufsrecht für Wohnraum und Grundstücke, damit eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik überhaupt erst möglich wird.

Verbesserungen bei den sozialen Verhältnissen bekommen wir nicht geschenkt. Im Gegenteil: Die Politik hat bisher nur für die oberen Einkommenschichten gearbeitet.

Das heißt ganz klar: Wir müssen uns organisieren und für Verbesserungen selber streiten.

Und das beginnt in Monnem uff de Gass. Auch so funktioniert Demokratie. Hoffentlich.

Ich möchte mich bei jeder einzelnen, jedem einzelnen, die sich dem Protest heute Abend angeschlossen haben oder kurz stehengeblieben sind, bedanken. Es bedarf einer lauten Bevölkerung, um Gehör zu erlangen.

Deshalb: Redet miteinander, organisiert Euch, werdet kreativ!“

Weitere Infos zum Offenen Stadtteiltreffen Neckarstadt sind hier zu finden: www.facebook.com/offenes.stadtteiltreffen.neckarstadt



Kundgebung am 6. Dezember 2022.

BR-Mobbing: Dulger-Firma ProMinent unterliegt vor Gericht

O. T.

Die fristlose Kündigung des früheren Betriebsratsvorsitzenden ist unwirksam.

Dies entschied das Arbeitsgericht in Heidelberg am 1. Dezember 2022. Der ortsansässige Dosieranlagenhersteller ProMinent muss den Kollegen weiter beschäftigen. Das Gericht sah die Vorwürfe der Geschäftsleitung (GL) als nicht ausreichend an, um das langjährige und unbelastete Arbeitsverhältnis des Betriebsrats (BR) fristlos kündigen zu können. Den Vorwurf der „Beleidigung“ hielt es aber für gerechtfertigt, obwohl offenbar das Management mit krimineller Energie die Privatkommunikation des Kollegen ausspionieren ließ.

Das Mannheimer Solidaritätskomitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ hatte zur Gerichtsverhandlung eine Unterstützungsaktion für den Kollegen organisiert. Zahlreiche gewerkschaftlich engagierte Aktive aus der Region protestierten vor Ort gegen den endlosen Skandal in der Firma des Präsidenten der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA) Rainer Dulger.

Vorläufiger Etappensieg

Die erfolgreiche Kündigungsschutzklage ist vor dem Hintergrund des von der Gegenseite angekündigten Berufungsverfahrens bisher nur ein vorläufiger Etappensieg. Die GL um Andreas Dulger und des-

sen Handlanger Benedikt Nagel will den ehemaligen BR-Vorsitzenden mit allen Mitteln aus dem Unternehmen drängen.

Der vom Gericht und den meisten Medien nicht aufgedeckte Grund des Konflikts ist, dass der Kollege jahrelang versucht hat, Beschäftigteninteressen gemäß Betriebsverfassungsgesetz zu vertreten. Dadurch sah sich das Management in dem von ihm beanspruchten „Recht des Stärkeren“ eingeschränkt.

Bereits seit längerem hatte die Geschäftsführung den aktiven, in der IG Metall organisierten Betriebsrat und vor allem dessen Vorsitzenden skrupellos bekämpft. Im Rahmen einer Betriebsversammlung startete Andreas Dulger schon vor Jahren in Anwesenheit des Heidelberger IGM-Geschäftsführers massive Angriffe gegen den Kollegen und versuchte so, einen Keil zwischen Belegschaft und Betriebsrat zu treiben.

Einen Höhepunkt erreichte das BR-Mobbing mit der illegalen Beeinflussung der Betriebsratswahl durch das Management im Frühjahr 2022. In einem Aushang forderte es die Beschäftigten faktisch auf, eine firmenhörige Gegenliste zu bilden und den amtierenden IGM-Betriebsrat abzuwählen.

Unter anderem setzte die Geschäftsleitung die Belegschaft mit der Drohung stark



Solidarität im Arbeitsgericht, 1. Dezember 2022.

unter Druck, dass eine „falsche“ Wahlentscheidung Auswirkungen auf die Zukunft des Standorts in Heidelberg habe.

Willfähige Helfer

Entsprechend der Vorgaben der GL konnte durch die Bildung einer firmenhörigen Liste nicht nur die bei ProMinent übliche Persönlichkeitswahl verhindert werden, sondern auch ein hauchdünner Wahlerfolg der „Gelben“ ermöglicht werden.

Im Unternehmen selbst ist es übrigens ein offenes Geheimnis, warum der bisherige IGM-Betriebsrat zerschlagen wurde. Die Geschäftsleitung will die Gewinne ihres höchstprofitablen Unternehmens durch Verlagerung hunderter Arbeitsplätze ins Ausland noch weiter steigern. Ein Betriebsrat, der seinen gesetzlichen Pflichten nachkommen und die Interessen der Belegschaft verteidigen würde, wäre da natürlich ein Hindernis ...

Falls jetzt doch noch jemand nach der Rolle des zuständigen Heidelberger Gewerkschaftsapparates fragen sollte: Es war immerhin eine hauptamtliche Kollegin beim Arbeitsgerichtstermin als „Beobachterin“ anwesend. Die gewerkschaftliche Beschlusslage zum Kampf gegen BR-Mobbing können wir den „Verantwortlichen“ in der beschaulichen Universitätsstadt gerne zur Verfügung stellen. ■



Protestaktion des Solikomitees vor dem Arbeitsgericht in Heidelberg, 1. Dezember 2022.

Foto: Privat.

Herausfordernde Tarifrunde Öffentlicher Dienst

HELMUT BORN

Die beiden bisherigen wichtigen Tarifrunden in der Chemie- und der Metall- und Elektroindustrie haben mit unbefriedigenden Abschlüssen geendet. Die jeweiligen Prozentabschlüsse liegen weit unterhalb der Inflationsrate und haben zu lange Laufzeiten.

Hinzu kommen zwar steuer- und abgabenfreie Einmalzahlungen über insgesamt 3.000 €. Aber diese in Kollaboration mit der Bundesregierung von den Gewerkschaftsspitzen bewusst ausgehandelten Zahlungen dienten dazu, die Tarifrunden ganz im Sinne der „konzertierten Aktion“ ruhig über die Bühne zu bringen. Das ist mit aktiver Unterstützung der Vorstände von IG BCE und IG Metall ohne Zweifel auch gelungen.

Forderungen von ver.di

Im Gegensatz zu den Industriegewerkschaften scheint ver.di zu versuchen, einen anderen Weg einzuschlagen. Allein die Forderungen sprechen schon eine andere Sprache.

Zu der Anfang 2023 anstehenden Tarifrunde im Öffentlichen Dienst wurde ein umfangreiches Forderungspaket beschlossen, das zumindest den Anspruch hat, die Lohnverluste durch die Preisentwicklung auszugleichen.

Die Forderungen lauten im Einzelnen:

- 10,5 % mindestens 500 €
- 200 € für Azubis
- Unbefristete Übernahme aller Azubis nach der Ausbildung
- Laufzeit des Tarifvertrages 12 Monate.

Bei einer in diesem Jahr zu erwartenden Preissteigerungsrate von 8 - 9 %, könnten diese Forderungen dazu dienen, die Einkommensverluste die 2022 entstanden sind, eher auszugleichen als in der Industrie. Vor allem die Forderung nach einer Mindesthöhung von 500 € gibt den unteren bis mittleren Besoldungsgruppen die Möglichkeit dazu.

Tarifrunde kein Selbstläufer

Dass diese Tarifrunde dennoch unter den jetzigen Bedingungen kein Selbstläufer wird, ist leicht auszurechnen.

Auch wenn ver.di im kommunalen Bereich viele Möglichkeiten hat, wirkungsvolle Streiks durchzuführen, werden die Abschlüsse der Industriegewerkschaften von der Bundesregierung, den kommunalen „Arbeitgebern“ und den Medien als Vorbild angepriesen werden. Zudem wird sicherlich erneut das Klagegeld über die Schulden der Öffentlichen Haushalte angestimmt und die Aufforderung an die Gewerkschaften zum Maßhalten lautstark ertönen.

All dies spielt in der innergewerkschaftlichen Debatte eine große Rolle. Die Ablehnung der von der Bundesregierung favorisierten Einmalzahlungen über 3.000 € ist sehr deutlich. Sowohl bei den aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern wie auch bei den Mitgliedern des Bundesvorstandes gibt es eindeutige Stellungnahmen. Ob diese Ablehnung durchgehalten wird, bleibt allerdings offen.

Abkehr vom Tarifrival?

So oder so scheint der Bundesvorstand sich auf eine harte und lan-

ganhaltende Auseinandersetzung vorzubereiten. Zum ersten Mal seit den 1990er Jahren kann es wieder zu Urabstimmungen und unbefristeten Streiks kommen. Dies wäre eine Abkehr von dem in den letzten Jahren verfolgten Ritual, dass drei Verhandlungsrunden vereinbart sind und nach der 3. Runde dann auch ein Ergebnis präsentiert wird. Dies wäre dann Ende März 2023 der Fall.

Sollte aber es dieses Mal anders werden, wird es im April 2023 Urabstimmungen und anschließend unbefristete Streiks geben. Dass es bis dahin ein weiter Weg unter den aktuellen Bedingungen ist, kann leicht an den fünf Fingern abgezählt werden. Es bedarf dazu vor allem einer wirklich breiten Mobilisierung der Beschäftigten und des Willens der ver.di-Führung sich für ein Ergebnis einzusetzen, das deutlich besser als die Abschlüsse der Industriegewerkschaften ist.

Das erfordert vor allem die Bereitschaft der Mitglieder, sich nicht nur aktiv zu beteiligen, sondern auch die ver.di-Führung unter Druck zu setzen, um sie von einem lauen Kompromiss abzuhalten.

Gemeinsam streiten!

Anfang Januar 2023 beginnt zudem die Tarifrunde bei der Deutschen Post/DHL. Hier hat die zuständige Tarifkommission eine Forderung nach einer Lohnerhöhung von 15 % aufgestellt. Diese wird nicht am Verhandlungstisch durchgesetzt werden können. Wäre es hier nicht angebracht, die beiden Tarifrunden zusammen zu führen? Dies würde sicherlich den Druck auf alle Gegenseiten erhöhen, wenn Briefe und Pakete nicht zugestellt, Mülltonnen nicht geleert und Straßenbahnen und Busse in den Depots blieben. Damit würde ein weiteres Ritual bei ver.di beendet, nämlich dass jeder Bereich seine Tarifrunde alleine bestreitet. ■



Warnstreikaktion in Mannheim, 5. Mai 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Gewerkschaftliche Solidarität Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften

Seit kurzem wird der Aufruf „Gewerkschaftliche Solidarität - Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“ verbreitet. Darin heißt es: „Wir stehen im engen Kontakt zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals ... Beide Gewerkschaften kämpfen nicht nur gegen die Folgen des Krieges, sondern auch gegen den Abbau von Arbeitsrechten durch die eigene Regierung ...“

Wir dokumentieren im Folgenden den gesamten Text und schließen uns der dort enthaltenen Bitte um Unterstützung vor allem durch Weiterverbreitung, Unterschriften und Geldspenden an.

Der russische Angriffskrieg hat zu enormem Leid in der ukrainischen Gesellschaft geführt. Familien mit ausreichenden Finanzmitteln flüchten nach Polen oder in westeuropäische Länder. Die arbeitende Bevölkerung mit geringen Ressourcen ist jedoch darauf angewiesen, entweder vor Ort auszuweichen oder in eine westlich gelegene ukrainische Stadt zu flüchten. Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung notwendiger Dienstleistungen wie in Krankenhäusern oder im öffentlichen Verkehr. Gewerkschaftsmitglieder riskieren dabei zum Teil ihr Leben, in dem sie in östlichen Provinzen weiter in Krankenhäusern die Versorgung oder z. B. als Eisenbahner:innen die Verbindungen zur Bevölkerung im Osten aufrechterhalten.

Wir stehen im engen Kontakt zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals; beide gehören der Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine KWPU an. Beide Gewerkschaften kämpfen nicht nur gegen die Folgen des Krieges, sondern auch gegen den Abbau von Arbeitsrechten durch die eigene Regierung.

Diese beiden Gewerkschaften benötigen humanitäre Hilfe und unsere Solidarität. Dabei geht es um die Unterstützung der Familien der Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaft, die aus russisch besetztem Gebiet fliehen mussten; nun müssen sie in Städten wie Kiew, Chmelnyzkyj oder Werchiwzewe ihre Existenz sichern. Und es geht um die Sicherstellung der Arbeit des Gesundheitspersonals in der Stadt Krywyj Rih, die aufgrund ihrer Lage im Osten der Ukraine mehrfach Ziel russischer Angriffe wurde; sie wollen die Verletzten in der Zivilbevölkerung versorgen, dafür fehlen ih-

nen aber die notwendigen medizinischen Materialien und Medikamente.

Wir rufen zur Unterstützung dieser beiden Gewerkschaften mit Spenden auf. Die Spenden sollen für humanitäre Hilfe an unsere gewerkschaftlichen Kooperationspartner:innen in der Ukraine gehen – einerseits in Form von Geldspenden zur Unterstützung der Familien der Gewerkschaftsmitglieder, andererseits in Form von Lieferungen hier gekaufter Medikamente für die Gesundheitsversorgung in Krywyj Rih.

Wir stehen mit aktiven Gewerkschafter:innen aus Kiew und Krywyj Rih in Verbindung, werden von ihnen Berichte und Verwendungsnachweise erhalten und möchten mittelfristig wechselseitige Besuche organisieren.“

Erstunterzeichner:innen

Daniel Behruzi, Darmstadt, ver.di; Torsten Bewernitz, Mannheim, ver.di; Violetta Bock, Kassel, ver.di; Rolf Euler, Recklinghausen, IG BCE; Christian Haasen, Hamburg, ver.di; Anton Kobel, Mannheim/Heidelberg, ver.di; Uwe Krug, Berlin, GDL; Stephan Krull, Hamburg, IGM; Labournet; Klaus Murawski, Berlin, IGM; Claudia Nest, Hamburg, ver.di; Kirsten Rautenstrauch, Hamburg, ver.di; Helmut Schmitt, Heppenheim, IGB-CE; Christoph Wälz, Berlin, GEW; Wolfgang Zimmermann, Düsseldorf, ver.di. ■

Spenden an:

Internationale Solidarität e. V. Stichwort „Ukraine Solidarität“, IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00

Namentliche Unterstützung:

Bitte mit Vor- und Nachname, Ort, Gewerkschaft an Christian Haasen. Email: ukraine-solidaritaet@intersoz.org.

Bitte verbreitet diesen Aufruf unter Euren Kolleginnen und Kollegen!



Gegen die Kriegslogik!

Demo am Tag der Menschenrechte

T. T.

Unter dem Motto „Friedenslogik statt Kriegslogik“ führte das Mannheimer Friedensbündnis gemeinsam mit anderen Unterstützern am 10. Dezember 2022, dem Tag der Menschenrechte, eine Demonstration durch.

Bei der Auftaktkundgebung am Plankenkopf (gegenüber dem Wasserturm) verwies Sozialpfarrer Maximilian Heßlein vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) auf die Schwierigkeiten hin, angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine friedenspolitische Positionen zu verteidigen. Auch in der Evangelischen Kirche werde kontrovers diskutiert. Gleichwohl sei angesichts der fürchterlichen Folgen des Krieges die Notwendigkeit eines schnellen Friedens alternativlos.

Nach dem Auftakt zog eine Demonstration von rund fünfzig Menschen durch die Mannheimer Innenstadt zum Marktplatz und dann weiter zum Schillerplatz. Mit kurzen Zwischenkundgebungen, Lautsprecherdurchsagen und Sprechchören konnte einige Aufmerksamkeit für die Anliegen des Antikriegsprotests erzeugt werden. Es war vor allem der kurdische Block, der vor dem Hintergrund des von Erdogan initiierten völkerrechtswidrigen Kriegs gegen die Gebiete im Nordirak und Nordsyrien die Stimme erhob und Solidarität mit der dortigen Bevölkerung einforderte.

Für Frieden und mehr

Am Schillerplatz hatten das Friedensbündnis, die DFG-VK und weitere Gruppen Infostände aufgebaut. Musikalisch umrahmte vor allem die Gruppe Lebenslaute die Abschlusskundgebung.

Hedwig Sauer-Gürth vom Friedensbündnis Mannheim sprach zur brennend aktuellen Notwendigkeit des Widerstands gegen Aufrüstung und Krieg. Monika Albicker forderte die Freilassung des seit 12 Jahren inhaftierten investigativen Journalisten und Gründers von WikiLeaks, Julian Assange.

Ein Vertreter des Kurdischen Gemeinschaftszentrums Mannheim verwies unter anderem auf die Doppelmoral der deutschen Außenpolitik. Sie verurteile einerseits den Ukrainekrieg, nehme aber gleichzeitig den Krieg Erdogans gegen die kurdische Bevölkerung stillschweigend hin.

Hauptredner des Tages war Clemens Ronnefeldt, Friedensreferent des Internationalen Versöhnungsbundes. Er verlangte die Vorbereitung von Friedensverhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und den USA durch einen Waffenstillstand. Erfolgversprechende Schritte in diese Richtung könne es nur geben, wenn sowohl die sicherheitspolitischen Interessen der Ukraine als auch Russlands berücksichtigt würden.

Ukrainekrieg beenden

Der Friedensplan, den die italienische Regierung in Abstimmung mit dem UN-Generalsekretär und den G7-Staaten am 18. Mai 2022 vorgelegt habe, kann aus Sicht Ronnefeldts eine Grundlage bilden. Er sehe vier Stufen mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen vor: 1. Waffenstillstand, 2. Neutralität der Ukraine, 3. Lösung territorialer Fragen und 4. Abschluss eines Europäischen Sicherheitspakts. Das Ziel müsse der vollständige Rück-

zug der russischen Truppen aus der Ukraine und die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine sein.

Dass Verhandlungen möglich und erfolgreich sein können, hätten das Abkommen zum sicheren Transport von Getreide aus ukrainischen Häfen und die verschiedenen Gefangenenaustausche gezeigt.

Es ist das Verdienst der Aktiven des Friedensbündnisses, dass sie mit ihrer Aktion nicht nur dem eiskalten Wetter, sondern erneut auch der anhaltenden Kriegstreiberei getrotzt haben. ■

„Militarismus und Kriege stoppen!“

Auszüge aus dem am Rande der Demo verteilten Flugblatt der ISO Rhein-Neckar:

„Der Tag der Menschenrechte steht ganz im Zeichen des verbrecherischen Angriffskrieges des Putin-Regimes auf die Ukraine.

Angesichts der enorm gesteigerten Zerstörungskraft moderner Massenvernichtungswaffen hat [...] vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden. Gleichzeitig werden Gebäude, Infrastruktur und die Umwelt zerstört. Wer vor diesem Hintergrund auf eine militärische „Lösung“ setzt, hat ein verengtes Verständnis der politischen und gesellschaftlichen Aufgaben in der Ukraine und anderswo.

Die imperiale Macht- und Expansionspolitik müssen wir als eine soziale, politische und ökologische Herausforderung begreifen. Die tieferliegende Ursache für das Handeln der Herrschenden – in Moskau, aber auch in Kiew und in den NATO-Staaten – ist knallharte Klassenpolitik [...]

Dem begegnen wir nicht, indem wir uns auf die Logik der Kriegspolitik einlassen. Vielmehr sind die gesellschaftlichen Ursachen offenzulegen und eine Strategie des sozialen Widerstands zu unterstützen.“ ■



Antikriegsdemo in Mannheim, 10. Dezember 2022.

Foto: Avanti².

Buchbesprechung

Trotzki, die Psychoanalyse und die kannibalischen Regime

ERNST KOCH

Helmut Dahmers neuestes Werk, *Trotzki, die Psychoanalyse und die kannibalischen Regime*, ist vor wenigen Wochen im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen. Grund genug, einen Blick darauf zu werfen.

Der erste Teil des Buches befasst sich mit der Klärung des Verhältnisses Leo Trotzki zur Freud'schen Psychoanalyse. Diese lernte der aus der Ukraine stammende Revolutionär während seiner Wiener Emigration in den Jahren 1908 - 1914 kennen. Wie ein anderer Marxist seiner Zeit, Max Horkheimer (der Begründer der „Frankfurter Schule“), erkannte Trotzki die Bedeutung der Freud'schen Theorie für Geschichtsverständnis und Geschichtsschreibung.

In diesem Zusammenhang erinnert Dahmer zunächst an die Verwandtschaft der beiden, im Abstand von nur drei Jahrzehnten entwickelten Gesellschaftstheorien Marxens und Freuds. Beide entsprächen weder dem Typus der Naturwissenschaften, noch dem der Geisteswissenschaften, sie seien vielmehr Prototypen einer dritten, neuartigen Wissenschaft, die der Kritik obsoleter „Institutionen“ der Sozial- und Seelengeschichte gelte. Wertform-Analyse wie Traumdeutung seien von Marx und Freud in der Tradition der

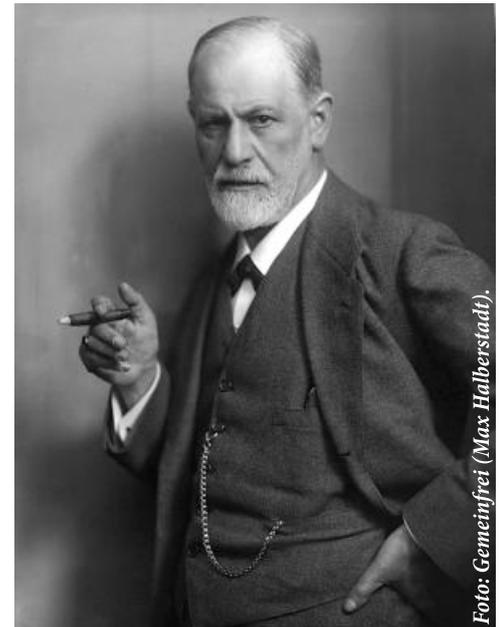
Hegelkritiken Feuerbachs und Schellings entwickelt worden.

Trotzkis, an den Schriften Antonio Labriolas orientierter Hegel-Marxismus unterscheidet sich Dahmer zufolge vom „orthodoxen“ (sozialdemokratischen und „kommunistischen“) Marx-Verständnis dadurch, dass für ihn – wie für die „Kritischen Theoretiker“ des Horkheimer-Kreises – Dialektik¹, Kunst und Psychologie für das Verständnis der gesellschaftlich-politischen Entwicklung *wesentlich* sind.

Trotzki habe erkannt, dass Freuds biologischer Materialismus zum historischen tendiere. Zu seiner folgenreichen Überschreitung der kautskyanischen Orthodoxie habe die Freud'sche Psychoanalyse ebenso beigetragen² wie Alexander Parvus-Helphands (in den Jahren 1904/05 formulierte) These, „daß die Revolution in Rußland eine demokratische Arbeiterregierung an die Macht bringen kann.“³

Adolf Joffe, Arzt und Berufsrevolutionär, der eine Psychotherapie bei Alfred Adler absolviert hatte, war (vor 1914 in Wien) Trotzki's erster Informant über die Freud'sche Psychoanalyse. Direkte und indirekte Bezugnahmen auf Freuds Kulturtheorie und Seelenlehre in Trotzki's Schriften zeigen laut Dahmer, dass er zentrale Freud-Texte (im deutschen Original oder in russischer Übersetzung) kannte. 1923 veröffentlichte Trotzki *Literatur und Revolution*, eine Sammlung seiner Literaturkritiken, in deren Schlusskapitel – in dem die Psychoanalyse eine prominente Rolle spielt – er die Utopie einer Gesellschaft ohne Mangel und Klassen entwarf.⁴ 1938 war es schließlich der Surrealist André Breton, der seine Freud-Kenntnis⁵ in das von ihm und Trotzki gemeinsam verfasste, antitotalitäre Manifest für eine *autonome Kunst* einbrachte.⁶

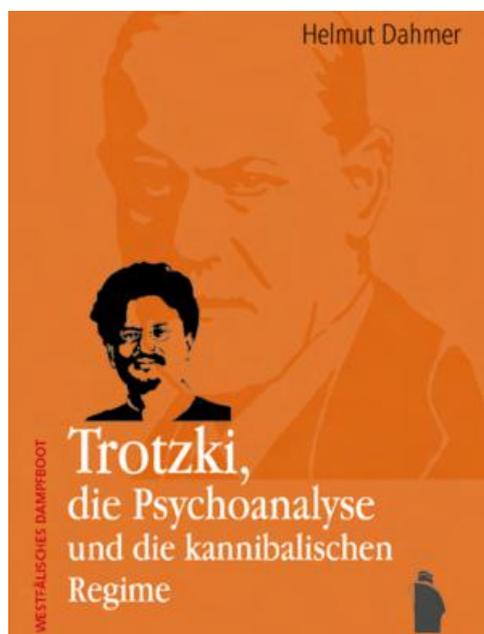
In den Jahren seines Exils in der Türkei



Sigmund Freud 1921.

(1929-33) schrieb Trotzki u. a. seine Autobiographie und seine Geschichte der russischen Revolution von 1917, in deren Zentrum⁷ die Annäherung von Psychoanalyse und Marxismus – genauer: die Konvergenz der Freud'schen Kunst- und der Marx'schen Revolutionstheorie steht: Die „Inspiration“ des Volkstribunen und Schriftstellers, der die aufständischen Massen ansprach, traf die Stimmung derer, die fasziniert seiner Rede folgten, weil sie ihrem aktuellen Interesse Ausdruck verlieh. Auch die Revolution, schrieb Trotzki, „ist rasende Inspiration der Geschichte.“⁸

Psychoanalyse und Marxismus galten (und gelten Vielen noch heute) als esoterische Doktrinen, die von internationalen Organisationen tradiert werden und einander ausschließen. Trotzki und Freud sind sich nie begegnet, Freud hat Trotzki kaum je erwähnt; die „Freudo-Marxisten“ (wie Wilhelm Reich, Otto Fenichel und eben auch Trotzki) wurden von Repräsentanten beider Lager, die die soziologische bzw. die psy-



chologische Kritik in eine „Weltanschauung“ verkehrten, misstrauisch beäugt.

In den mörderischen Kampf der Stalinisten gegen die „trotskistische“ Minderheit der Rätedemokraten und Internationalisten waren auch Freudianer wie der mexikanische Kriminologe Carrancá und die „Graue Eminenz“ der Psychoanalyse, Max Eitingon, verwickelt. Carrancá organisierte eine einzigartige, in einem mehr als 1.000 Seiten umfassenden Bericht dokumentierte Befragung des GPU-Agenten und Trotzki-Mörders Ramón Mercader, die schließlich zur Aufdeckung von dessen wahrer Identität führte. Max Eitingon

wiederum, Freund und Mäzen Freuds – und Namensvetter Leonid Eitingons, des Agenten-Führers von Mercader und Organisators des Trotzki-Mords – führte möglicherweise ein Doppelleben als Hintergrund-Agent Moskaus ...⁹

Im zweiten Teil von Dahmers Buch wird der politische Kontext vergegenwärtigt, in dem die Zeitgenossen Trotzki und Freud sich bewegten. Der Erinnerung an den Trotzki-Sekretär Rudolf Klement folgt eine Analyse der berüchtigten Moskauer Schauprozesse, deren Bedeutung – als Indikator des Stalin'schen „politischen Genozids“ (I. Deutscher) – noch immer kaum gesehen

wird. Ein Vergleich der beiden „kannibalschen“ Regime Stalins und Hitlers schließt sich an: In beiden Fällen waren die führenden Ideologen und Akteure davon überzeugt, dass zur Realisierung ihrer „utopischen“ Projekte die Ermordung von Millionen Menschen erforderlich und „gerechtfertigt“ sei ...

Den Abschluss des unbedingt zur Lektüre empfohlenen Bandes bilden Überlegungen zum aktuellen Ukrainekrieg und zu den Aussichten einer dringend erforderlichen Überwindung des kapitalistischen Weltsystems nach einem Jahrhundert der Konterrevolutionen. ■

Endnoten

¹ Vgl. dazu das Kapitel V.5. (Die Kapitelangaben [I bis VI] in diesen Anmerkungen beziehen sich auf den Text des I. Teils des hier besprochenen Buches.) – Marx' Frühschriften von 1844 (seine „Pariser Manuskripte“) wurden 1932 von David Rjasanow u. a. im Parteiarchiv der SPD entdeckt und veröffentlicht; Trotzki hat diese Texte wohl nicht gekannt. Marx' *Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie* (Rohentwurf) von 1857/58 wurden erst 1939/41 gedruckt. Lenins Hegel-Exzerpte und -Kommentare von 1914/15, die 1929 publiziert worden waren, kannte Trotzki und bezog sich

wiederholt darauf.

² „Dualisten teilen die Welt in zwei Substanzen: Materie und Bewusstsein. Ist dem aber so, was machen wir dann mit dem Unbewussten?“, Trotzki (*Notebooks*, 1933 - 1935), in Dahmers Buch zitiert auf S. 87.

³ Trotzki, L. D. (1929), *Mein Leben*, Versuch einer Autobiographie, Berlin (Dietz) 1990, S. 155. (Trotzki zitiert an dieser Stelle einen Text von Parvus.) Vgl. dazu Deutscher, I. (1954), *Trotzki*, Bd. I, Stuttgart (Kohlhammer) 1962, Kap. 4.

⁴ Trotzki's (technokratische) Utopie wird im Kapitel IV.2 von Dahmers Buch ausführlich erörtert.

⁵ Bretons schwieriges Verhältnis zu Freud wird im Kap. VI.3 dargestellt.

⁶ Das Trotzki-Breton-Manifest wird im Kapitel IV.3 vorgestellt und interpretiert.

⁷ Vgl. dazu die Kapitel „An der Macht“ in *Mein Leben*, Berlin (S. Fischer) 1930, S. 320 ff., und „Das militärische Revolutionskomitee“ in dem 1933 (a. a. O.) erschienenen II. Band der *Geschichte der russischen Revolution* („Oktober“), bes. S. 432 ff.

⁸ Vgl. dazu das Kapitel V.3 von Dahmers Buch.

⁹ Über diese „Hintergründe“ informiert das Kap. VI.1 von Dahmers Buch.

Des Rätsels Lösung

S. T.

In der letzten, der einhundertsten Ausgabe von *Avanti* ² haben wir unseren Leserinnen und Lesern die Möglichkeit gegeben, an unserem rätselhaften Gewinnspiel teilzunehmen.

Die drei Menschen, die uns als erste die richtige Auflösung gesendet haben, sind: H. K., A. R. und B. N. Sie dürfen sich auf ein Buch des Neuen ISP Verlags freuen. Herzlichen Glückwunsch!

Und hier für alle des Rätsels Lösung: Die Internationale Sozialistische Organisation macht sich gegen Diskriminierung und Rassismus stark und will den Kapitalismus überwinden.

Wir setzen darauf, dass Ihr uns auch in Zukunft dabei unterstützen werdet! ■

U	P	U	I	U	Z	I	R	E	W	Q	L	K	J	H	G	F	D	S	A	A	W	E	K
E	R	T	F	I	G	G	T	H	S	E	C	V	G	R	S	H	Z	U	I	D	F	G	K
X	S	E	R	N	F	G	D	E	R	S	H	Z	U	I	F	Z	H	B	J	Z	F	R	U
R	T	H	D	T	E	R	F	S	O	Z	I	A	L	I	S	T	I	S	C	H	E	P	W
A	D	H	T	E	F	E	D	C	V	B	N	M	E	S	R	R	T	G	D	S	E	T	U
S	D	F	G	R	H	Z	T	R	E	O	W	S	D	G	V	F	D	X	S	J	D	I	O
F	R	E	S	N	D	H	J	K	L	R	G	E	D	W	S	F	R	H	U	T	I	K	L
E	F	R	E	A	A	S	F	G	H	G	J	K	I	G	T	B	V	C	X	D	S	K	Ö
R	U	R	G	T	R	G	H	C	X	A	M	F	E	S	F	D	F	V	W	E	K	T	J
F	G	H	J	I	R	W	R	E	D	N	R	G	F	D	A	R	A	F	S	H	R	G	R
D	H	G	Z	O	G	Ä	I	D	F	I	Ö	S	V	R	E	A	U	L	D	L	I	J	T
E	R	S	T	N	J	L	O	Z	S	S	U	Ä	E	A	J	S	I	J	C	O	M	D	D
Z	E	L	C	A	I	K	P	J	J	A	W	E	S	K	W	S	O	H	F	I	I	R	S
U	W	J	M	L	S	O	H	A	L	T	F	A	K	T	X	I	J	Q	R	S	N	E	D
I	Q	O	S	E	P	U	S	O	Ö	I	G	H	E	E	J	S	G	W	G	D	I	S	F
O	K	M	X	X	K	R	E	M	T	O	V	K	D	R	Y	M	F	D	H	F	E	K	G
S	F	H	S	C	X	S	N	K	I	N	Z	E	B	N	M	U	E	F	N	G	R	Z	H
I	K	A	P	I	T	A	I	I	S	M	I	S	F	R	S	S	7	H	T	H	I	I	G

Vor 100 Jahren - Hyperinflation 1923

R. G.

Wenn in Deutschland zurzeit an das Jahr 1923 erinnert wird, dann meist nicht wegen der anti-kapitalistischen Kämpfe der revolutionären Arbeiterbewegung. Vielmehr geht es dann um die Hyperinflation, die zu Not und Elend und schließlich zu einer Währungsreform führte.

Eine Ursache dieser Inflation war, dass das deutsche Kaiserreich die Kosten des I. Weltkrieges (1914-1918) mit „Kriegsanleihen“ finanzierte. Zurückgezahlt werden sollten diese Kredite nach dem erwarteten Kriegsgewinn durch die Ausplünderung der Besiegten. Doch diese blutige Wette auf den Sieg ging genauso verloren wie der Krieg selbst.

Im Gegenteil: Deutschland musste selbst Reparationen leisten. Um diese zahlen zu können, wurden große Mengen „zusätzlichen“ Geldes gedruckt. Anfang Januar 1923 kam es aufgrund ausbleibender Reparationsleistungen zur belgisch-französischen Besetzung des Ruhrgebietes. Die deutsche Regierung rief zu passivem Widerstand und Streik auf. Sie finanzierte auch dies mit „zusätzlichem“ Geld.

Die Reichsmark (RM) hatte bereits während des Krieges die Hälfte ihrer Kaufkraft eingebüßt. Jetzt verlor sie stündlich an Wert. Am 3. Januar 1923 kostete ein Kilogramm Roggenbrot schon 163 Mark und am 19. November 1923 unvorstellbare 233 Milliarden RM. Im Mai 1923 hatte der US-Dollar einen Wechselkurs von 47.670 Reichsmark und am 20. November 1923 von 4.200.000.000.000 RM.

Diese Entwicklung stürzte alle, die auf regelmäßige Lohnzahlungen angewiesen waren oder „lediglich“ Sparvermögen

besaßen, in Armut und Elend.

Die Gewerkschaftsapparate wollten aus Angst vor der Revolution keinen Kampf zur Verteidigung des Lebensstandards führen und verloren zehntausende Mitglieder.

Aber es gab auch Gewinner. Viele Kapitalisten konnten sich bereichern. Allein der Großunternehmer Stinnes kaufte damals 1.300 Firmen in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen auf. (Siehe hierzu auch Jakob Moneta, „1923 – das Jahr der Entscheidung“, in der Theoriebeilage zu dieser *Avanti*².) ■



5 Billionen RM, 1. November 1923.

Foto: Gemeinfrei.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 10.01.2023, 18:00 Uhr, Kundgebung gegen Preistreiberei, Neumarkt, MA
- DO, 12.01.2023, 15:00 Uhr, Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- SO, 15.01.2023, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DO, 19.01.2023, 19:00 Uhr, Viko #Solidarität in Zeiten der Pandemie
- FR, 20.01.2023, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu „90 Jahre 30. Januar 1933“*
- MO, 23.01.2023, 19:30 Uhr, „Oben bleiben!“, Stuttgart 21-Film plus Musik von ewo², Cinema Quadrat MA, K 1,2*
- DO, 26.01.2023, 15:00 Uhr, Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 26.01.2023, 18:00 Uhr, Treffen des Bündnisses gegen Preistreiberei*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

